



Pressemitteilung

3. Mai 2024

BVMB drückt in Sachen Straßenbau aufs Gas

Verband warnt vor Investitionsbremse

Das deutsche Straßennetz, hier insbesondere die Bundesfernstraßen und die dazugehörigen Brücken und Unterführungen, sind nicht wirklich in einem guten Zustand. Ein jahrelanger Sanierungstau überrollt das deutsche Verkehrsnetz aktuell. Der Bund hat insoweit einen Hochlauf an Investitionen in diesem Bereich angekündigt – um dann allerdings gleich wieder auf die Bremse zu treten. Knapp 10 Milliarden Euro fehlen der Autobahn GmbH des Bundes in den nächsten vier Jahren zur Erledigung ihrer Aufgaben. Der Arbeitskreis Straße/Brücke der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) warnt aufgrund dessen davor, die Runderneuerung von Straßen und Brücken erneut auf die lange Bank zu schieben. Die Mitgliedsbetriebe berichten aktuell bereits von ersten Aufhebungen und Verschiebungen von Projekten.

Verlässliche Finanzausstattung gefordert

„Für das Jahr 2024 sehen wir momentan noch einen vorsichtigen Optimismus, dass die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel für die vorgesehenen Bauvorhaben im Bundesfernstraßenbereich ausreichen sollten – eine Unbekannte hierbei stellen allerdings die drohenden Einnahmeausfälle bei der Lkw-Maut dar. Ab spätestens 2025 haben wir aktuell allerdings durchaus Grund zur Sorge“, beschreibt BVMB-Geschäftsführer Daniel Jonas die aktuelle Situation in diesem Segment der Bauwirtschaft. Es gelte daher dringend den bezifferten Mehrbedarf im bereits laufenden Haushaltsverfahren für die Jahre 2025 bis 2028 zu berücksichtigen. Für die Bauwirtschaft – und auch die Auftraggeber – sei ein mehrjähriger Planungshorizont unerlässlich: „Die Fachfirmen können nicht nach Belieben mit ihren Kapazitäten jonglieren, sie müssen sich schon darauf verlassen können, dass ihre Kolonnen und Geräte auch so abgerufen werden, wie es der Bund angekündigt hat“, fordert Jonas mehr Verlässlichkeit für eine zuverlässige und langfristige Planung bei der Politik ein.

Hinzu komme, dass vor dem Hintergrund der ideologischen Ausrichtung der Bundesregierung die Straße immer wieder als Klimasünder stigmatisiert werde. „Wer die Straße aus ideologischen Gründen verteufelt, gefährdet die Funktionsfähigkeit der gesamten deutschen Wirtschaft“, warnt der stellvertretende Präsident der BVMB, Jürgen Faupel. Die Straße werde in Europa auf absehbare Zeit „klar der Hauptverkehrsträger Nummer eins“ bleiben. Umso wichtiger sei es, das Straßennetz schnell und umfassend zu ertüchtigen, um Ausfälle von Hauptverkehrsadern für mehrere Jahre durch auffällige Brücken verhindern zu können. Insoweit hat die aktuelle Entwicklung in diesem Bereich die Warnleuchten bei der BVMB aktiviert. „Unsere Mitgliedsbetriebe berichten uns von ersten Aufhebungen von aktuellen Vergabeverfahren – und dies u. a. mit der Begründung, dass die erforderlichen Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stünden. Bauvorhaben werden wieder zurückgepfiffen“, zeigt sich Jonas besorgt und nennt beispielhaft eine Maßnahme an der A4 in Hessen.

Neue rechtliche Vorgaben müssen auch umsetzbar sein

Auch bei der Ausführung von Straßenbaustellen sieht der Arbeitskreis Straße/Brücke der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen Verbesserungs- und Nachholbedarf. Vor dem Hintergrund des ab 2025 vorgesehenen neuen Arbeitsplatzgrenzwertes für Bitumen drückt die BVMB auf Gas für aktuell anstehende Projekte. Der Arbeitsplatzgrenzwert kann insbesondere im Bereich Walzasphalt aktuell noch nicht sicher eingehalten werden. Hier wurden als wesentliche expositionsminimierende Instrumente die Kombination von Temperaturabgesenktem Asphalt und Absaugeinrichtung am Fertiger identifiziert. „Auf die Ausschreibung von Strecken unter Einsatz von Temperaturabgesenktem Asphalt haben die Auftragnehmer jedoch keinen Einfluss“, so Jonas. Er appelliert an die öffentlichen Auftraggeber: „In dem für 2025 angekündigten FGSV-Regelwerk wird Temperaturabgesenkter Asphalt als Regelbauweise festgeschrieben. Es ist daher bereits jetzt geboten, entsprechende Strecken verstärkt auszuschreiben – nur so ist den Beteiligten eine frühzeitige Erfahrungssammlung mit dieser Bauweise möglich.“ Hierzu hatten kürzlich mehrere Verbände mit der BVMB gemeinsam ein Aufforderungsschreiben an die Autobahn GmbH des Bundes gerichtet. Der Bund und die öffentlichen Auftraggeber müssen dafür sorgen, dass neue rechtliche Vorgaben die Baufirmen nicht vor unlösbare Probleme stellen, sondern in der Praxis auch tatsächlich umsetzbar sind.

RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.
Königswinterer Straße 329
53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-16
E-Mail: stauf@bvmb.de

BVMB

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.